

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radenbornwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wlf. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 190

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post Mk. 81.—
Monatlich Mk. 27.—

Halver

Dienslag, den 15. August 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite
1 Mt., auswärts 1.20 Mt., im Stellamente 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 4.— Mt.
Offerten-Befolgung 8.— Mt.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In London rechnet man auf einen Mehrheitsbeschluss für ein Moratorium und auf eine spätere Konferenz zur Regelung der internationalen Schulden.

* Zur Feier des Verfassungstages fanden am Freitag in Berlin und in vielen Städten des Reiches feierliche Veranstaltungen statt.

* Zwischen der Reichsregierung und Bayern wurde vereinbart, daß die bayerische Schutzverordnung zurückgezogen wird und seitens des Reiches Garantien für die Hoheit der Bundesstaaten gegeben werden.

* Die deutsche Regierung hat mit der Regierung der Vereinigten Staaten ein Abkommen über die Feststellung der amerikanischen Ansprüche auf Grund des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages abgeschlossen.

* In Elsaß-Lothringen haben 500 Deutsche den Ausweisungsbefehl erhalten.

* Bei den Londoner Beratungen hat Lloyd George neue Vorschläge für die Garantien eines Moratoriums vorgelegt, über die jedoch noch keine Einigung erzielt werden konnte.

* Wie verlautet, soll die Reparationskommission die Einberufung des internationalen Bankierausschusses zum 15. September beschlossen haben.

* In Berlin ist eine französische Note mit der Benachrichtigung von der erfolgten Ausweisung deutscher Reichsangehöriger aus Elsaß-Lothringen eingetroffen.

* Reichsminister Dr. Brüning erklärte in einer Unterredung, daß von einer Autonomiebewegung im Rheinland nichts bekannt ist und daß das Rheinland unbedingt fest beim Reich bleiben werde.

* Das bayerische Kabinett hat nach Blättermeldungen den Berliner Abmachungen über die Schutzgesetze zugestimmt.

* Die beiden Attentäter auf Oberbürgermeister Scheidemann haben ein umfassendes Geständnis über den Blausäureanschlag abgelegt.

Eine Ermunterung.

Begreiflich, daß es nicht bloß in Berlin und nicht bloß bei den hinter der Reichsregierung stehenden Parteien einen sehr guten Eindruck gemacht hat, daß der Präsident der Vereinigten Staaten es für richtig befunden hat, dem Reichspräsidenten Ebert zum Verfassungstag telegraphisch zu beglückwünschen. Die Rundgebung spricht von der „Wiedergeburt des Tages, an dem Deutschland die republikanische Staatsform angenommen hat“, und gibt der Hoffnung Ausdruck, „daß die große deutsche Republik stetig vorwärts schreite auf den Wegen des Friedens, die zu einer guten Verständigung, zu Gerechtigkeit und Glück führen“.

Auf den Inhalt dieses Telegramms braucht es wohl weniger anzukommen, als auf die Tatsache, daß es abgeschickt wurde. Herr Harding ist wohl bis jetzt das einzige ausländische Staatsoberhaupt, das in dieser Weise die früher allgemein üblich gewesene Verkehrsform mit dem Deutschen Reich wieder aufnimmt. Damit ist er aus einer bisher sorgfältig beobachteten Zurückhaltung herausgetreten, und man tritt ihm wohl ganz gewiß nicht zu nahe, wenn man seiner Handlungsweise einen gewissen demonstrativen Charakter beilegt. Sie soll für Deutschland eine Ermunterung bedeuten in der schweren Lage, die er vor sich sieht und aus der bisher keine Verhandlungen mit den europäischen Regierungen herauszuführen vermochten. Müßten wir doch eben erst wieder in London förmlich Spießruten laufen, um unserer eingestampften Zahlungsunfähigkeit willen und zusehen, wie unerfütterliche Hagier im Bunde mit sinnlosem Mißtrauen uns abermals wirtschaftliche Knebelungen auferlegen will, die einem etwa bewilligten Moratorium von vornherein jede Bedeutung nehmen würden. Demgegenüber soll das Washingtoner Telegramm vor aller Welt bekunden, daß man dort dem Geist des Mißtrauens nunmehr abgeschworen und Deutschland wieder auf völlig gleichem Fuße behandelt will.

Von diesem guten Voratz zeugt auch das deutsch-amerikanische Abkommen, das in Berlin am 10. August „zur Vervollständigung des Friedensvertrages vom 25. August 1921“ unterzeichnet worden ist. Es ist dazu bestimmt, alle materiellen Entschädigungsfragen aus der Kriegszeit vor eine gemischte Kommission zu verweisen — anders also, als mit den Entschädigungsforderungen unserer europäischen Gegner aus dem Weltkriege verfahren wurde. Hier wurden eine zeitige Festsetzung für richtig gehalten, und wo, auf begrenzten Teilgebieten, schiedsrichterliche Entscheidungen vorgegeben waren, hat man für eine solche Zusammenfassung dieser Gerichtshöfe gefordert, daß selbst ganz unerhörte finanzielle Zumutungen anerkannt werden — selbstverständlich immer zu Lasten Deutschlands. Von beiden Seiten wird je ein Kommissar ernannt, und ein gemeinsames zu bestimmender Unparteiischer soll in den Fällen entscheiden, wo die beiden Kommissare zu keiner Einigung gelangen. Die deutsche Regierung hat in diesem sofort ihrerseits auf das Mitbestimmungsrecht für diesen Unparteiischen verzichtet und die Vereinigten Staaten gebeten, ihrerseits die Wahl vorzunehmen. Sie tat dies im Vertrauen darauf, daß die Washingtoner Regierung bereit ist, den ganzen Bereich dieser Fragen in entgegenkommender und gerechter Weise zu behandeln, wofür sie auch schon sichtbare Beweise geliefert habe. Damit kommt nicht auch eine gewisse Entlastung über das in Amerika noch festliegende deutsche Eigentum in Fluß. Sie hat nicht geögert, die großzügige Art der jetzigen amerikanischen Nachbarn im Verkehr mit Deutschland ausdrücklich anzuerkennen und dabei insbesondere auf die Tatsache Bezug genommen, daß die amerikanische Regierung auf Erstattung der Militärpensionen sowie der den amerikanischen Kriegsgefangenen und ihren Angehörigen und den Familien der Mobilisierten gezahlten Unterstützungsgelder ausdrücklich verzichtet hat. Die amerikanische Regierung ist ferner bereitwillig darauf eingegangen, für die Annahme von Entschädigungsansprüchen

eine kurz bemessene Frist vorzuschreiben, was abermals von der deutschen Regierung mit Dank begrüßt wurde. So hat sie denn auch den deutschen Verzicht auf Mitwirkung bei der Ernennung des Unparteiischen mit ausdrücklichem Dank für die damit bezeugte vertrauensvolle Stimmung entgegengenommen und unverzüglich ein Mitglied des höchsten Bundesgerichts für diese hohe völkerrechtliche Mission berufen.

Man kann nach allem, was zwischen Deutschland und Amerika geschehen ist, von beiden Seiten nicht lokaler verfahren, als es hier erfreulichenweise geschehen ist.

Amerikas Verantwortung.

Ein Berliner Pressevertreter sprach mit dem amerikanischen Anwalt für internationales Recht und Wirtschaftssachen, Malcolm Sumner, der kürzlich in Berlin eingetroffen ist. Herr Sumner erklärte, er finde den zielbewußten Willen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau bei Lloyd George und bei Hoover, deren Politik auf die Verhütung eines Zusammenbruchs des Deutschen Reiches gerichtet sei. Ein solcher Zusammenbruch müßte auch den amerikanischen Wohlstand unterhöhlen. Die moralische Verantwortung Amerikas an den Zuständen in Europa, hergeleitet aus den vierzehn Punkten Wilsons als Waffenstillstandsgrundlage, erkenne der Amerikaner an. Er sagte: „Was die Politiker gefündigt haben und noch fündigen, müssen die Wirtschaftler wieder gutmachen. Und das kann nur in der Vankonferenz geschehen, die demnächst wieder zusammentreten wird.“

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Dienstdauer und Arbeitszeit.

Der Reichsverkehrsminister hat für die Reichseisenbahn eine „Vorläufige Dienstdauer-Vorschrift“ erlassen. Schon seit länger Zeit ist die der Gegenstand schwieriger Verhandlungen mit den Gewerkschaften und Verbänden. Auch für ein allgemeines Dienstdauer-Gesetz wird die neue Vorschrift den vielumflossenen Ausgangspunkt abgeben. In kurzem soll eine ausführliche Auslegung der Vorschriften von Oberregierungsrat Dr. Fromm erscheinen.

„Deutsche Notgemeinschaft.“

Der Volksbund „Rettet die Ehre“ in Bremen veröffentlicht unter dem Titel „Durch deutsche Not — zur deutschen Notgemeinschaft“ einen Aufruf, in dem er das deutsche Volk auffordert, in der gegenwärtigen schwierigen Lage des Reiches sich einmütig in Treue hinter die deutsche Regierung zu stellen und ihr gegen die neuen Gefahren französischer Nachpolitik zu helfen, durch Gründung einer „Deutschen Notgemeinschaft“. Der Aufruf schließt: „Deutsche Volksgenossen! Einigt Euch! Haltet Ruhe im Innern des Landes! Begrabt in dieser Zeit den Haß der Parteien! Stärkt die durch Not erzwungene Abwehrhaltung der Regierung! Volk wache auf: „Durch deutsche Not zur deutschen Notgemeinschaft!“

Der Reichspräsident und die Minister verließen nach der Feier des Verfassungstages. Die Ehrenkompanie salutierte abermals und die Musik spielte das Deutschland-Lied unter Begleitung des Präsentiermarsches. Die Menge brach in stürmische Hochrufe auf die Republik und den Reichspräsidenten aus, um dann langsam auseinanderzugehen. Abends fand im Staatstheater eine besondere Feier statt, bei der Teile aus Gerhart Hauptmanns Jahrhundertfestspiele und Symphonien von Brahms und Beethoven vorgelesen wurden. Zur gleichen Zeit fanden Feiern auf öffentlichen Plätzen und Fackelzüge statt. Auch in zahlreichen anderen Städten des Reiches wurde der Verfassungstag in ähnlicher Weise feierlich begangen.

Die kommenden Portonerhöhungen.

Wie schon bekanntgeworden, beabsichtigt die Postverwaltung, ab 1. Oktober abermals eine bedeutende Erhöhung der Postgebühren vorzunehmen. Nach den Vorschlägen soll der Brief im Ortsverkehr 1.50 Mark kosten, über 20 bis 100 Gramm 4 Mark, von 100 bis 250 Gramm 6 Mark. Im Fernverkehr sind die Sätze für die gleichen Gewichte 6, 7 und 8 Mark. Für Postkarten ist im Ortsverkehr eine Gebühr von 1 Mark, im Fernverkehr von 4 Mark vorgesehen. Für Pakete bis zu 5 Kilogramm kommen 12 Mark Portokosten in der Kasse in Frage. Für die Fernzone betragen die Portosätze bis 5 Kilogramm 24 Mark. Postanweisungen bis 100 Mark kosten 4 Mark, über 100 Mark bis 250 Mark 5 Mark, über 250 Mark bis 1000 Mark 7 Mark usw. Entsprechend sollen die weiteren Sätze (Telegraph, Fernsprecher usw.) erhöht werden. Zur Beratung der neuen Gebührenerhöhung hat der Reichspostminister den Verkehrsbeirat für Montag, den 4. September, einberufen.

Weniger Prozesse bei der Eisenbahn.

Der Reichsverkehrsminister weist in einem Erlass an die Reichsbahndirektionen auf die Notwendigkeit einer Entlastung von Prozeßfähigkeit hin. In ihrem Geschäftsbereich muß die deutsche Reichsbahn die Formen und Gebräuche beobachten, die in der deutschen Wirtschaft üblich und erprobt sind. Die Privatwirtschaft pflegt den Prozeßweg erst zu beschreiten, wenn alle anderen Möglichkeiten, zu einem befriedigenden Ausgleich zu kommen, erschöpft sind. So soll es auch bei der Eisenbahn sein. In erster Linie muß stets im Verhandlungsweg versucht werden, den Prozeß zu vermeiden. Die Reichsbahndirektionen sollen ferner von dem Anwalt unter allen Umständen eigene und sorgfältige Durchsicht des Prozeßstoffes verlangen, während bisher vielfach die rechtliche und sachliche Bearbeitung durch die stark belasteten Reichsbahndirektionen selbst stattgefunden hat.

Die Folgen des Eisenbahnstreiks.

Reichsverkehrsminister Dr. Groener hat in einem Erlass die ihm unterstellten Behörden angewiesen, in eine Nachprüfung der Frage einzutreten, ob die verfügte vorläufige Dienstwiedergeburt der an dem letzten Streik Beteiligten in allen Fällen aufrecht zu erhalten ist. Wo die Einstellung des Verkehrs wenn auch unter gleichzeitiger Festsetzung der Ordnungsstrafen zu erwarten ist, sind unbeschadet der Fortführung des Verkehrs alsbaldige Anträge auf Aufhebung der Suspensionen zu stellen. Auch Anträge auf Beschränkung des innegehaltenen Betriebsteils sind beschleunigt ohne Vornahme weiträumiger Ermittlungen zu behandeln.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die hiesige Portugiesische Gesandtschaft teilt mit, daß die Botschaft der von der General-Arbeitergewerkschaft proklamierter Generalstreik ohne Erfolg geblieben ist. Das Parlament hat den Ausnahmezustand für die Dauer von 15 Tagen über den Kreis von Lissabon verhängt.

Kalle a. d. S. Der frühere Privatsekretär des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner Felix Fischenbach ist hier auf Grund eines Haftbefehls des Münchener Volksgerichts verhaftet worden. Er wird nach Bayern gebracht und ist des Landesverrats angeklagt.

Rom. Die Kammer nahm in namenflicher Abstimmung mit 247 gegen 121 Stimmen eine Tagesordnung, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, an.

Konstantinopel. Der Kommandierende General der Gendarmerie von Konstantinopel meldet, daß die griechischen Truppen in der Nähe der Demarkationslinie bei Eschataldja den Rückzug antreten.

Berlin. Die durch die Presse gegangene Meldung, daß der kurzzeitig auf Urlaub in Paris befindliche französische Botschafter Laurent in Berlin nicht auf seinen Posten zurückkehren werde, wird als unrichtig bezeichnet.

Berlin. Die Voruntersuchung in der Rathenau-Mord-sache ist geschlossen. Die Akten liegen zurzeit dem Oberreichsanwalt zur Erhebung der Anklage vor.

Berlin. Der diplomatische Vertreter der Sowjet-Union in Prag, Michael Lewitzki, ist für die Dauer der Erkrankung des ukrainischen Vertreters in Deutschland, H. Kusen, mit der Leitung der ukrainischen Mission in Berlin betraut worden.

Warschau. „Journal de Pologne“ gibt ein Interview mit dem Außenminister wieder, worin die Fortsetzung der Politik Stimmungs angekündigt und hervorgehoben wird, daß mit Deutschland eine Abereinunft gefunden sei.

Verfassungstag.

Der Aufruf des Reichspräsidenten.

Der von den Koalitionsparteien im Reichstage eingebrachte Antrag, den 11. August, den Tag, an dem die Weimarer Nationalversammlung die neue Verfassung annahm, zum allgemeinen Feiertag zu erklären, ist im Parlament vor seiner Verlesung nicht mehr erledigt worden. Die Reichsregierung beschloß aber, den 11. August trotzdem in entsprechender Weise zu begehen und als Mittelpunkt der Veranstaltungen eine offizielle Veranstaltung im Reichstagsgebäude abzuhalten. Der Reichspräsident erließ zum Jahrestag der Verfassung folgende Rundgebung:

Vor drei Jahren, am 11. August, hat sich das deutsche Volk seine Verfassung gegeben, das Fundament seiner Zukunft. Diesen Tag wollen wir, trotz aller Not der Gegenwart, mit Freude und Hoffnung begehen. An ihm wollen wir unsere Liebe zum Vaterlande bekunden. Deutschland soll nicht zugrundegehen! Das ist unser Schwur, solange wir atmen und arbeiten können. Wir wollen keinen Bürgerkrieg, keine Trennung der Stämme. Wir wollen Recht. Die Verfassung hat uns nach schweren Kämpfen Recht gegeben. Wir wollen Frieden. Recht soll vor Gewalt gehen. Wir wollen Freiheit. Recht soll uns Freiheit bringen. Wir wollen Einigkeit. Recht soll uns einig zusammenhalten. So soll die Verfassung uns Einigkeit, Recht und Freiheit gewährleisten. Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liede des Dichters gab in Zeiten innerer Zerspaltung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck; er soll auch jetzt unsern harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten. Sein Lied gehungen gegen Zwiethracht und Willkür soll nicht Mißbrauch finden im Parteikampf, es soll nicht der Kampfesruf derer werden, gegen die es gerichtet war; es soll auch nicht dienen als Ausdruck nationalistischer Überhebung. Aber so, wie einst der Dichter, so lieben wir heute „Deutschland über alles“. In Erfüllung seiner Sehnsucht soll unter den schwarz-rot-goldenen Fahnen der Sang von Einigkeit und Recht und Freiheit der feierliche Ausdruck unserer vaterländischen Gefühle sein. Auf viele Jahre noch werden für uns alle Festtage des Staates zugleich Tage gemeinsamer Sorgen sein. Unter den furchtbaren wirtschaftlichen Folgen der letzten Ereignisse leiden nicht nur unzählige Volksgenossen. Deutsches Wissen und deutsches Können, die Quellen unserer besten Kraft, sind schwer bedroht. Die Reichsregierung hat mir den Betrag von drei Millionen Mark für Zwecke der Wissenschaft, Kunst und Handwerk aus den Mitteln zur Verfügung gestellt, die der Reichstag zum Schutze der Republik bewilligt hat. Zur Hebung der Volksgesundheit durch Spiele im Freien wird eine weitere Million bereitgestellt. Aus der Geringfügigkeit dieser Summen spricht die Not unseres Landes. Schwere Stürme sind über die junge deutsche Republik in den letzten Wochen dahingegangen. Unsere Einigkeit, unser Recht, unsere Freiheit wurden bedroht. Sie werden noch weiter bedroht sein. Wir wollen nicht verzagen. In der Not des Tages wollen wir uns freudig der Ideale erinnern, für die wir leben und wirken. Der feste Glaube an Deutschlands Rettung und die Rettung der Welt soll uns nicht verlassen. Es lebe die deutsche Republik! Es lebe das deutsche Vaterland! Es lebe das deutsche Volk!

Aufrufe und Rundgebungen verschiedener Art, so vom Kartell der republikanischen Verbände und von der Deutschen Demokratischen Partei betonen ebenfalls die Bedeu-

hing der Weimarer Verfassung und rufen das deutsche Volk zur Einigkeit und zur Aufrichtung des gemeinsamen Vaterlandes auf.

Die Feier im Reichstage.

m. Berlin, 11. August.

In dem festlich geschmückten Sitzungssaale des Reichstages, in welchem große Eichenlaubgewinde, schwarz-rot-goldene Bänder, ein riesiges Reichsadlerwappen über dem Präsidentensitz und anderer Wappen- und Blumenschmuck sowie eine Inschrift „Einigkeit und Recht und Freiheit“ die Bedeutung des Tages veranschaulichten, versammelten sich in der Mittagsstunde zahlreiche Vertreter der Kunst und Wissenschaft, der Presse, des Handels und der Industrie, der beruflichen Organisationen, die Abgeordneten des Reichstages und der Landtage und die offiziellen Vertreter der Länder. Das diplomatische Korps war fast vollständig erschienen. Reichspräsident Ebert wurde vor dem Hauptportal von einer Ehrenkompanie der Reichswehr begrüßt, deren Front er abschritt. Er nahm dann in der großen Seitenloge Platz und nach dem Vortrage der Czernowitzer Rede ergiff der badische Staatspräsident Hummel das Wort zu einer kurzen schlichten Festansprache.

Er wies darauf hin, daß viele deutsche Staatsmänner der letzten Jahre aus Baden stammen, so z. B. Prinz Max, Kehrnbach, Ebert und Dr. Wirth. Die Badenser blieben bereits im Jahre 1918 auf ein hundertjähriges Bestehen ihrer Landesverfassung zurück. Aber höher als das badische Heimatgefühl stehe ihnen der Gedanke der Reichseinheit und der Reichsverfassung. Die Verfassung des Deutschen Reiches zeige uns den Weg zur sozialen Arbeitsgemeinschaft aller schaffenden Stände. Ihr Wesen ist das demokratische und das soziale und das deutsche Volk wird es nie mehr tragen und deshalb auch nie mehr dulden können, daß diese Grundlinien der Verfassung aus ihr entfernt werden. Alle Kräfte der Nation seien in gleicher Weise berufen zur Mitarbeit an der Nation. Dr. Hummel ging dann darauf ein, daß auch die Jugend und die Kräfte des geistigen Lebens in Deutschland zur Mitarbeit und zur Wahrung der Verfassung herangezogen werden müßten. Die Gegensätzlichkeiten zwischen Baden und dem Reich seien glücklich beseitigt und er danke dafür dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und der bayerischen Regierung im Namen ganz Süddeutschlands. Er schloß seine Rede mit den Worten: „Wir lieben jeder sein Baden, sein Baden oder Hessen, aber wir lieben Deutschland über alles. Die deutsche Republik, das deutsche Vaterland und das deutsche Volk, sie leben hoch!“

Die Parteipresse zum 11. August.

Die Berliner Parteipresse nahm zum Verfassungstage teils mit freudiger Zustimmung Stellung. Die rechts stehende Presse verhält sich im allgemeinen kühl und abwartend.

Die Deutsche Tageszeitung schreibt: Die Begriffe „Einigkeit und Recht und Freiheit“ werden u. E. erst dann ihren wahren Sinn erhalten, wenn der Grundsatz der Demokratie nicht nur im Paragraphen steht, sondern sich in einem tatsächlichen Verständnis für alle Auffassungen ausdrückt, die in einem Staatswesen vorhanden sind. — Der Tag: Der 11. August möge für alle Volksteile auf der Rechten und auf der Linken ein Tag der Einkehr sein. Der Linken sei geraten, ihre Politik stärker auf Veröhnung einzustellen, die äußerste Rechte möge bedenken, daß uns das Reich als solches, die Fortexistenz des Reiches höher steht als alles andere. — Die Tages Rundschau: Wer die Verfassung am 11. August beschwört, der mag es tun, aber er lasse die Nation als Ganzes dabei aus dem Spiel. Die Weimarer Verfassung wird dadurch nicht besser, daß man sie in den Himmel hebt, und das Volk nicht staatsstreuer, indem man die bösen „Monarchisten“ anzuprangern sucht.

In der mittelparteilichen und linksgerichteten Presse dagegen gibt man der Zustimmung und den Zukunftshoffnungen mehr Raum.

In der Germania heißt es: Den 11. August mit lauten Freudenklangen und großen Festen feiern wollen wir später, wenn von Deutschland der unerträgliche Druck habsburger Nachbarn genommen ist und wir wieder frei und glücklich sind. Aber in stiller Dankbarkeit des Verfassungstages zu gedenken, dazu haben wir auch heute, trotz der Größe der Not, alle Veranlassung. — Die Wossische Zeitung sagt: Das Deutsche Reich hat heute kein Waffennittel, als den Willen seines Volkes, Einigkeit und Recht und Freiheit unter allen Umständen, gegen jede Lötung und um jeden Preis zu bewahren. Diesen Willen soll der Verfassungstag vor der Welt bekunden. Das ist der Sinn des 11. August, heute wie in kommenden Tagen. — Der Vorwärts: Der Ehrentag der Republik ist kein Tag ausgelassener Freude, sondern ein Tag der Sammlung und der Selbstbestimmung. Schweres liegt nicht nur hinter uns, sondern wir wissen es wohl, auch vor uns. Wir wollen uns wappnen für Not und Kampf, wir wollen uns die Hände reichen zu dem Gelübde, daß die deutsche Republik nicht untergehen darf. — Die Freiheit erklärt die Stellung der Unabhängigen zur Verfassung wie folgt: Als etwas Vergangenes

verdrängen wir die Republik aber als etwas, was als Letztes von der großen Bewegung der Arbeiter von 1918 geblieben ist und als etwas, was nicht mehr unter dem Schutze des Vergangenen begraben werden darf, sondern als einen Garten, in dem der Samen für die Zukunft ausgestreut ruht.

Das Berliner Abkommen mit Bayern.

Annahme im bayerischen Ministerrat.

München, 12. August.

Der bayerische Ministerrat ist heute vormittag zusammengetreten, um über das Ergebnis der Berliner Verhandlungen Bescheid zu fassen. Später traten zu diesem Zweck auch die Führer der Koalitionsparteien zusammen. Nach vorläufig nichtamtlichen Blättermeldungen soll im Ministerrat das Berliner Ergebnis im ganzen und in allen Einzelheiten gutgeheißen worden sein. Dagegen sollen gewisse Einzelheiten — jedoch nicht von wesentlicher Bedeutung — insbesondere betreffend das Reichstriminalgesetz Abänderungswünsche bei einzelnen Koalitionsparteien gezeitigt haben.

Der Inhalt der Vereinbarungen.

Das Ergebnis der Besprechungen zwischen der deutschen Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung ist nunmehr amtlich veröffentlicht worden. Danach erklärt sich die bayerische Staatsregierung bereit, die am 24. Juli erlassene Verordnung zum Schutze der Verfassung der Republik spätestens am 18. August aufzuheben. Die Reichsregierung gibt Erläuterungen zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der Republik, hauptsächlich über das gerichtliche und polizeiliche Verfahren und erklärt die Besorgnis, daß die Politik der Reichsregierung planmäßig darauf gerichtet sei, die Zuständigkeiten der Länder fortschreitend einzuschränken und das Reich immer mehr zum Einheitsstaat zu gestalten, für vollständig unbegründet. Die Reichsregierung wolle nicht über die verfassungsmäßigen Befugnisse des Reiches hinaus Hoheitsrechte der Länder an sich ziehen. Sie sei der Überzeugung, daß die einzelstaatliche Gliederung der reichen Mannigfaltigkeit deutschen Lebens und deutscher Kultur entspricht und daß die Pflege des Stammesbewußtseins in den Einzelstaaten die beste Gewähr reichsfreundlicher Einordnung in das Ganze der Nation sei.

Die amtliche Mitteilung.

Berlin, 11. August.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der bayerischen Regierung wurden heute vormittag in einer Schlußsitzung in der Reichskanzlei beendet. Das Ergebnis wurde in einem Protokoll zusammengefaßt, das für die Reichsregierung vom Reichskanzler Dr. Wirth, für die bayerische Staatsregierung vom Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld gezeichnet wurde. Die Vertreter der bayerischen Regierung sind heute vormittag nach München abgereist. Das Protokoll wird dem bayerischen Ministerrat alsbald vorgelegt werden, der die endgültige Entscheidung für Bayern zu treffen hat. Für die Reichsregierung ist die Zustimmung des Kabinetts bereits erfolgt.

Londoner Pläne.

Die Stimmung auf der Konferenz in London ist heute pessimistisch. Die Kabinette in London und Paris haben die Haltung ihrer beiderseitigen Premierminister gebilligt. Das englische Kabinett hat ferner beschlossen, eine Note an die Alliierten zu senden, in der die britischen Einwendungen gegen die harten Bedingungen Poincarés für ein Moratorium verzeichnet werden und angeregt wird, einen Eingriff in die innere Verwaltung Deutschlands zu vermeiden. Auch Poincaré soll einen neuen Plan vorzulegen beabsichtigen, auf Grund dessen Frankreich in der Reparationsfrage Opfer bringe, während England seinerseits einen Teil der französischen Kriegsschuld opfern solle. Durch diesen Plan würde dann auch die deutsche Schuld beträchtlich reduziert werden. Poincaré beabsichtigt, eine Überwachung der Ausgabe deutscher Schatzbons einzuführen.

Moratorium und Vertagung.

Französische Kreise in London halten es für wahrscheinlich, daß die Mehrheit auf der Konferenz beschließen wird, Deutschland trotz der Opposition Frankreichs ein Moratorium zu gewähren. Außerdem wurde die Möglichkeit erörtert, eine neue Konferenz zur Diskutierung einer Amnestierung der Kriegsschulden einzuberufen, um Poincaré die Möglichkeit zu geben, sein Pro-

gramm zu modifizieren und gleichzeitig doch der französischen Kammer ein positives Ergebnis vorlegen zu können.

Die Presseabteilung des Straßburger Generalkommissariats gibt bekannt:

Die Ausweisungsmittelungen betreffen 500 Personen. Diese verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Bezirke: Departement Haut-Rhin 100, Bas-Rhin 150, Moselle 250. Die Ausweisungsmittelungen müssen bis Sonntag Mitternacht durchgeführt sein. Die Ausgewiesenen werden die Grenze einzeln überschreiten.

Im Gegensatz dazu hat Poincaré erklärt, daß die Negierung nur an Einzelausweisungen denke, und daß diese nur unerwünschte Personen betreffen, deren Anwesenheit in Elsaß-Lothringen bedauerliche Zwischenfälle hervorrufen könnte.

Deutsch-amerikanisches Abkommen.

Die Festsetzung der amerikanischen Schadenerschaftsprinzipien.

Zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten in Berlin, Herrn Clanson B. Houghton, ist für die beiderseitigen Staaten ein Abkommen unterzeichnet worden, das nähere Bestimmungen über die Errichtung einer gemischten Kommission zur Festsetzung der amerikanischen Schadenerschaftsprinzipien aus dem Berliner Vertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten trifft.

Die Kommission soll über Ansprüche befinden, die im Berliner Vertrag vom 25. August 1921 bezeichnet sind. Hierzu gehören Ansprüche amerikanischer Bürger, die seit dem 31. Juli 1914 aus der Schädigung oder Beschädigung ihrer Güter und Interessen erwachsen sind, ferner andere Ansprüche aus Verlust oder Schaden infolge des Krieges und schließlich Schäden der deutschen Regierung oder deutscher Staatsangehöriger an amerikanischen Bürger. Die deutsche Regierung und die Regierung der Vereinigten Staaten sollen je einen Kommissar für die Kommission ernennen. Die beiden Regierungen sollen auf Grund einer Vereinbarung einen Unparteiischen auswählen, um über alle Fälle zu entscheiden, in denen die Kommissare verschiedener Meinung sein sollten oder über alle strittigen Punkte, die sich im Laufe der Verhandlungen zwischen ihnen ergeben sollten. Die Entscheidungen der Kommission und die des Unparteiischen sollen als für die beiden Regierungen verbindlich angenommen werden. Das Abkommen tritt sofort in Kraft.

In dem dem Abkommen vorhergegangenen Notenwechsel hatte die deutsche Regierung eine Begrenzung der amerikanischen Ansprüche erstrebt und auch erreicht. Die amerikanische Regierung hat sich verpflichtet, keine Forderungen zu stellen, die nicht im Berliner Vertrag vom 25. August 1921 vorgesehen sind und ebensowenig Ansprüche aus Artikel 244 des Versailler Vertrages (Ersatzung der Militärpensionen, sowie der Unterstützung für Kriegsgefangene) zu erheben. Das ist insofern ein Fortschritt, als die Vereinigten Staaten sich im Berliner Vertrag alle Rechte aus dem Versailler Vertrag vorbehalten hatten.

Deutschland wünscht einen Amerikaner als Unparteiischen.

Da die deutsche Regierung aus Grund der Vorbesprechungen von der Absicht der amerikanischen Regierung überzeugt war, die mit der Unterzeichnung des Abkommens eingeleitete Regelung der zwischen den beiden Staaten noch zu lösenden Fragen in entgegenkommender und gerechter Weise durchzuführen, hat sie sich durch Vermittlung des amerikanischen Vizepräsidenten an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, das Amt eines Unparteiischen einer ihm für diese verantwortungsvolle Aufgabe geeignet erscheinenden amerikanischen Persönlichkeit zu übertragen. Vizepräsident Houghton hat in einer Note die deutsche Regierung zu dem Abschluß gebracht, daß seine Regierung sicherlich dieses Angebot zu würdigen wissen wird. Man darf erwarten, daß in Amerika die amerikanische Unparteilichkeit das rechte Verständnis finden und die Bahn zur weiteren Besserung der gegenseitigen Beziehungen ebnen wird.

Unmittelbar nach der in Berlin vollzogenen Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Vertrages hat Präsident Harding den Richter im Obersten Bundesgericht, William R. Dah, zum Vorsitzenden des gemischten Schiedsgerichts ernannt.

Soziales und Provinzielles.

Salver, 15. August 1922.

□ Rückgabe eingezogener Gloden. Von der Beschlagnahme der Gloden sind noch unerschlagen hundert Gloden vorhanden, außerdem etwa 12 Millionen Mark, von denen etwa 5 Millionen auf die beteiligten Gemeinden der preussischen Landeskirche zu verteilen wären. Die wohnhaften

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.

72

(Nachdruck verboten)

Wie versteinert war Frau Marias Gesicht, keine Miene verzog sich — nur die Augen, diese großen, dunklen Augen lebten; die führten eine gar deutliche Sprache!

Lore richtete sich in Rüdigers Armen auf und machte sich sanft los. Mit irren Blicken schaute sie um sich. Presste die Hand gegen die Stirn und schüttelte den Kopf. Ein tiefer Seufzer zitterte über ihre blauen Lippen.

„Nun ist alles aus!“ hauchte sie. „Du hast gehört, Rüdiger, was meine Mutter gesagt hat.“

„Du willst dich ihr fügen?“

Sie nickte.

„Ich muß wohl!“ entgegnete sie mit todesstrauriger Stimme und starrte vor sich hin.

Er faßte sie an der Hand.

„Lore, besinne dich — du weißt nicht, was du sagst!“ rief er außer sich; er hatte Angst um sie.

„Ich weiß es ganz genau, ich muß bei der Mutter bleiben.“

Frau Maria lächelte triumphierend.

„Mein Kind weiß, was es mir schuldig ist. Die Kindesliebe siegt.“

„Mutter, dieses Sieges freude dich nicht.“ Erichs Stimme bebte in Schmerz und Enttäuschung. „Dieses Sieges, den du mit dem Glück deines Kindes erkaufst hast.“

„Lore steht ein, was sie mir schuldig ist. Sie ist jung und wird vergessen.“

Da sah Lore mit einem herzerreißenden Blick auf die Mutter.

„Ich vergessen? Rüdiger vergessen?“ Sie lächelte dabei, daß dem Bruder das Wasser in die Augen trat und er vor Zorn die Hände zu Fäusten ballte.

Er hatte unendlich Mitleid mit ihr; an dem eigenen Schmerz konnte er ja den ihrigen erkennen.

Hat es wohl je eine Mutter gegeben, die so das Herz ihres Kindes zertrat? Dieselbe Mutter, deren

ganzes Leben, deren Atmen doch bisher nur dem Glück ihres Kindes gegolten? Konnte das so verwirren?

Frau Maria legte den Arm um Lore's Schulter und zog sie liebevoll an sich.

„Mein gutes Kind.“

Doch sie fast entsetzt ansehend, machte sich Lore frei; sie wandte und lehnte sich an die Wand, dort Halt suchend.

Rüdiger näherte sich ihr und suchte mit zwingendem Blick ihr Auge. Er war totenblaß. Abwehrend streckte sie ihm die Arme entgegen.

„Lore, hast du keine Entscheidung getroffen?“

Sie nickte stumm.

„Du bleibst bei deiner Mutter?“

Wieder nickte sie.

„Ich soll also gehen?“

„Ja“, hauchte sie.

„Lore ist deine Liebe so schwach? Und mir be- deutest du alles!“

Sie sah ihn an mit einem traurigen und zärtlichen Blick.

„Meine Liebe zu dir, Rüdiger, ist ewig! Doch der Mutter Glück kann ich nicht auf uns laden.“

„Lore, wir sehen uns niemals wieder!“

„Ich weiß es.“

„Du willst dich dennoch von mir trennen?“

Wieder dieses stumme Nicken.

„So lebe wohl, du armes Kind!“ kam es schmerz- beend von seinen Lippen.

Seine Augen brannten vor zurückgehaltenen Tränen; er fühlte, er war am Ende seiner Selbstbeherrschung. Dieses Mädchen, ihm das kostbarste, teuerste Gut auf der Welt, sollte er lassen? Nein, er konnte es nicht — trotzdem die Entscheidung gefallen — aus ihrem eigenen Munde.

Sie faßte die Hand nicht, die er ihr entgegen- streckte; sie sah starr an ihm vorbei. Als ob jedes Leben in ihr erloschen war, stand sie da.

Doch als die Tür hinter ihm und Erich, der sich ihm angeschlossen, zugefallen war, da lief ein Rittens durch ihre Gestalt — sie hob die Arme und brach zusammen.

„Rüdiger, Rüdiger —“ rief sie mit vergehender Stimme. Dann hielt eine wohlthätige Bewußtlosigkeit sie umfassen.

Wierundzwanzigstes Kapitel.

In bedrücktem Schweigen ging Erich neben dem Legationsrat her, der, den Blick zu Boden geheftet, mit gerungelter Stirn nach seinem Wagen schritt. Müdiger war in einer großen Erregung — selbst für ihn, den gewiegten, nicht zu verblüffenden Diplomaten war das soeben Erlebte zuviel gewesen, er brauchte Zeit, sich damit abzufinden.

Da sprach Erich. Anfangs vermochte er kaum den Sinn von dessen Worten aufzunehmen, aber dann zwang er sich dazu.

Nicht weit von dem Forsthaus hatte Erich eine Bank für seine Mutter gezimmert, die von da aus die Fahrstraße übersehen konnte, was ihr manchmal eine kleine Abwechslung bot. Die Leute vom Dorfe mußten diesen Weg nehmen, um noch der Bahnstation zu gelangen. Auf dieser Bank nahmen die beiden Herren Platz.

Erich beklagte die Härte der Mutter gegen Lore und sprach die Hoffnung aus, daß sie bei ruhigerer Ueberlegung doch vielleicht anderen Sinnes würde.

„Ich kann es ihr ja nachfühlen, daß sie nie über diese alten Geschichten hinwegkommt. Aber ich stehe ihnen gleichgültiger gegenüber.“

„Wirklich, Erich? — Und wenn nun doch jetzt eine Aenderung in Ihrem Leben eintreten sollte?“

Erich wandte dem Sprechenden überrascht sein Gesicht zu.

„Wieso? Ich wünsche keine!“ Fest legten sich seine Lippen aufeinander — nein, er hatte keinen Wunsch mehr, seitdem die Geliebte ihn betrogen!

„Wenn Ihr Vater Sie nun suchte, was würden Sie, was Ihre Mutter dazu sagen. Ich weiß, er hat die Absicht.“

„Es ist besser, er unterläßt es; wozu? frage ich. Für Lore wünscht ich wohl alles Glück.“

Der Legationsrat blätterte in seiner Brieftasche; er fand, was er suchte — den Brief des Bruders. Jetzt reichte er ihn dem jungen Forstmann.

„Lesen Sie, Erich! Dieses Schreiben Ihres Vaters wird Ihnen alles besser sagen können, als ich!“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Nachrichten.

Beschwerden gegen v. Kähnes Haftentlassung.
Berlin. Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit, die Staatsregierung werde gegen die Haftentlassung des Herrn v. Kähne, der des Totschlags beschuldigt ist, beim Straßengericht des Kammergerichts Beschwerde einlegen.

Der Hochverräter Smeets.

Köln. Nach Meldungen aus Paris haben die Anhänger des für den Abfall der Rheinlande vom Reich arbeitenden Smeets an Poincaré folgende Adresse überliefert: „Die alten Rheinländer beobachten aufmerksam die Ereignisse in London. Sie haben die Hoffnung, daß ihr Vaterland nicht weiter von flandrischen Preußen ausgebeutet werde. Das weitere Verbleiben der Rheinlande im preussischen Staate bedeute einen unaufhörlichen Krieg. In dieser entscheidenden Stunde sehen die alten Rheinländer ihr ganzes Vertrauen auf Poincaré und wünschen, daß er ihnen die langersehnte Freiheit gebe.“

Die Folgen des Unwetters in Mitteldeutschland.

Weissenfels. Der Landrat des Kreises Weissenfels fordert von der Regierung für die durch das Hagelwetter geschädigten Landwirte: 1. 16 Millionen Mark für nicht rückzahlbare Unterstützung; 2. 25 000 Zentner Mele und Futtermittel aus den Beständen der Reichsgetreidekasse; 3. 6000 Zentner Saatgetreide zum Umlagepreis; 4. 30 Millionen Mark zur Gewährung unverzinslicher, innerhalb dreier Jahre rückzahlbarer Darlehen. Der Landrat erklärt, daß seinen Mindestforderungen. Würden sie nicht erfüllt, dann seien Hunderte von Existenzen vernichtet.

Unter dem Verdacht des Vatersmordes.

Halle. Unter dem Verdacht der Ermordung des Schneiders Wobtas in Pöbelitz hat die Kriminalpolizei seine 18-jährige Tochter und deren drei Liebhaber verhaftet.

Drohender Bauarbeiterstreik.

Magdeburg. Im Baugewerbe der Provinz Sachsen ist eine neue Lohnbewegung im Gange. Am Sonntag fällt in einer Provinzialtagung in Halle die Entscheidung, ob der Generalstreik im Baugewerbe für die Provinz Sachsen proklamiert werden soll.

Polnisches Militär darf in Poppot nicht spielen.

Warschau. Der polnische Kriegsminister hat allen Offizieren und Mannschaften des polnischen Heeres den Besuch des Poppoter Spielclubs unter Androhung schwerer Strafen verboten, gleichgültig, ob der Besuch in Uniform oder in Zivil erfolgt.

Unwetter in Braunschweig.

Braunschweig. Über den Freistaat Braunschweig ist ein Unwetter gezogen. In Barum sind Holzhäuser und große Scheunen auseinandergerissen worden. Dächer wurden 20 Meter weit geschleudert. Ebenso wurden Schornsteine und Dächer in Wörsum heruntergerissen. In verschiedenen Gemarkungen ist mehr als die Hälfte der Getreideernte vernichtet.

Annahme der neuen Sprachverordnung in Memel.

DA Memel. Der Staatsrat des Memelgebietes hat die neue Sprachverordnung angenommen. Paragraph 1 lautet: Die heimischen Sprachen deutsch und litauisch sind im Memelgebiet gleichberechtigt.

Schwere Kämpfe um Minsk?

DA Wilna. Seit einigen Tagen wird zwischen ausländischen Abteilungen, den sogenannten „Schwarzen“ und bolschewistischen Truppen gekämpft. In verschiedenen Punkten wurden regelrechte Schlachten unter Anwendung von Artillerie geschlagen. Minsk ist von Militär umstellt. Aus Vorhölle ist die Staatskasse fortgeschafft und sind die Behörden zurückgezogen worden. Minsk wird zurzeit geräumt, da die „Schwarzen“ 5000 Mann stark mit Artillerie im Anmarsch sind.

Ein Kongress der Deutschen in Rußland.

DA Moskau. Vor einigen Tagen hat sich hier ein Komitee gebildet, das die Sammlung aller zerstreuten Deutschen in eine Organisation, die die Bekämpfung der Not, die unter den Deutschen in Rußland herrscht und die Hebung des Kulturstandes der deutschen Wirtschaften sich zum Ziele gesetzt hat. Unter dem Namen „Der deutsche Tag“ soll am 25. September in Moskau eine Versammlung aller Deutschen in Rußland stattfinden.

Die Kohlenförderung im Donezgebiet.

DA Moskau. Im Monat Juni sind im Donezgebiet 17 363 000 Pud Kohle und 8 181 000 Pud Anthrazit, insgesamt also 25 544 000 Pud gefördert worden. Der Vorrat für die Monatsförderung ist somit zu 96,2 Prozent erfüllt worden. Am 1. Juni waren in allen Betrieben des Donezgebietes 73 400 Arbeiter beschäftigt. Vor dem Kriege betrug die Anzahl der beschäftigten Arbeiter nahezu 250 000.

Neuer Aufruf Hardings an die Eisenbahner.

Washington. Präsident Harding richtete an die Eisenbahner einen neuen Appell, der sie zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordert, doch scheint diesem Aufruf nicht Folge geleistet zu werden. Die Arbeiter befürchten, daß die angebotenen Vergleichsverhandlungen die Einheit der Gewerkschaften gefährden könnten. Weder die Arbeiter noch die Unternehmer wollen nachgeben.

Die Zeugnisse der staatlichen Zeichenakademie in Hanau.

DA Berlin. Der preussische Handelsminister hat den Prüfungsergebnissen der Staatlichen Zeichenakademie (Hochschule für Goldmetallindustrie) in Hanau die Wirkung der Zeugnisse über das Bestehen der Gesellenprüfung für die Handwerke der Goldschmiede, Kasser, Graveure, Stahlgraveure, Ziseleure, Silberschmiede, Silbermonteure und Emailleure beigelegt.

Eröffnung der kunstgewerblichen Exportausstellung.

Hamburg. Ein Teil der überseewide Hamburg, nämlich die Deutsche kunstgewerbliche Exportausstellung, wurde aus technischen Gründen schon am Sonnabend in der Kunstgewerbe-

halle eröffnet. Im Namen der Reichsregierung sprach der Reichskunstwart Dr. Reddlob.

Schlechte Getreideernte in der Pfalz.

Frankfurt a. M. In weiten Gebieten der Pfalz ist die Getreideernte außerordentlich schlecht ausgefallen; zum Teil ist eine völlige Mißernte eingetreten. Wie in anderen Gebieten des Westens wurde deshalb auch das für die Pfalz ursprünglich in Aussicht genommene Getreideumlagegeld etwa um die Hälfte erniedrigt.

Eine Fabrik künstlicher Seide in Straßburg.

DA Straßburg. Hier wird demnächst eine Fabrik künstlicher Seide eröffnet, die einigen tausend Männern und Frauen Arbeit zu leisten Gelegenheit verschafft. Das neue Unternehmen arbeitet ausschließlich mit elsfassischem Kapital. Die „Elsässische Seidenfabrik“ dürfte die Stelle der Glanzstoff-Fabrik von Mülhausen einnehmen, die 1916 durch das Bombardement zerstört wurde.

Reichspräsident Löbe zum Verfassungstage.

Breslau. In der Verfassungsfeier der Breslauer sozialistischen Partei hielt Reichspräsident Löbe die Festrede. Er sagte, die neue Staatsform sei durch die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands gegeben, sie sei ebenso sehr die historisch begründete, wie die in dem Augenblick des Auseinanderfallens der alten Form einzig mögliche gewesen. Dadurch, daß das deutsche Volk der Idee des Volkstaates wieder zum Siege verholfen hätte, habe es auch die Verpflichtung auf sich genommen, durch tatkräftige Mitarbeit und Kontrolle an der Regierung dafür zu sorgen, daß die Idee rein erhalten bleibe und in der Praxis der Gesamtheit Segen bringe.

Memel wünscht Selbständigkeit.

Memel. In Memel traf der frühere französische Minister, Senator Graf de Monzie, ein, um die memelländischen Verhältnisse zu studieren. In der Handelskammer fand ein Empfang statt, bei welchem der Vizepräsident, Staatsrat Joseph Kraus, den Wunsch von 90 Prozent der Bevölkerung Memels nach einem Freistaat vortrug und den Senator bat, diesen Wunsch zu vertreten.

Das Geheimnis

alle Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Blüthen, Hautröte, Pickel, Pusteln u. s. w. zu vertreiben, besteht in täglichen Waschungen mit der echten **Frederick-Teerschwefel-Seife** von Bergmann & Co., Radebeul. Überall erhältlich.

Drogerie Carl Menke, Halver, Frankfurterstraße
Herm. Köster, Galanteriewaren, Halver.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Heute morgen 6 Uhr entschlief sanft nach langem, schweren Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder und Onkel, der

Maschinenbauer

Fr. Bremicker

im Alter von 69 1/2 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

die trauenden Hinterbliebenen:

Wilh. Bremicker

Clara Bremicker

geb. Schulte

Ernst Bremicker

Johanna Bremicker

geb. Beel

und 1 Enkel.

Kierspe-Bhf., den 13. August 1922.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. August d. Js., nachm. 3 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Dienstag den 15. August

und folgende Tage zeigen wir in unserem Eckfenster eine Auswahl hocheleganter

Filet-

Antik und Guipüre

Stores u. Bettdecken

sowie ganz neuartige

Dekorationen

in modernen Farben.

Tischdecken, Divandecken

Kissen, Dekorationsstoffe, Läufer

Die Preise

sind sehr mäßig!

Gebr. Alsberg
Lüdenscheid.

Wegen Inventur

ist mein Geschäft am Mittwoch, den 16. d. M.

und Donnerstag, den 17. d. M.

geschlossen.

Carl Fastenrath,
Halver.

Milchverandscheine

liefert die

Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Einige Zentner gutes

Wiesenheu

ist abzugeben.

Näheres Fernsprecher Nr. 280, Amt Halver.

Tabak

empfiehlt

Fr. Herm. Bohmer, Schalksmühle.

Die Durchsicht

des Anzeigenteiles Ihres Heimatsblattes dürfen Sie in Ihrem eigenen Interesse nie vergessen. Den in diesem Blatte inserierenden Geschäften gebe man beim Einkauf den Vorzug.

Suche ein ordentliches

Mädchen

für halbe oder ganze Tage
Frau Ww. Aug. Lumberg,
Deckinghausen.

Wir suchen zum sofortigen
Eintritt einen tüchtigen,
soliden

Arbeiter

(möglichst Pfannen oder
Schuppenmacher) wie einen

jugendl. Arbeiter

nicht unter 16 Jahren.

Potthoff & Schmidt,
Kierspe-Bhf.

Wir suchen

Fallhammer-
schmiede

für leichte Hämmer für
dauernde Beschäfti-
gung.

Märkisches Werk,
G. m. b. H.

Halver, (Haus Heide)

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen sprechen wir allen unsern innigsten Dank aus.

Familie Starke.

Weineffig

sowie alle Artikel zum
empfehlen

Einmachen

Halversche M-dizinal-Drogerie Carl Menke, Halver.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen

Nörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W.

1339 Fernruf 1897 und 3965

Anzüge

Hosen
Schlüpfer

erhalten Sie bei uns auf

Kredit

und bequemer

Abzahlung.

Reichhaltiges Lager

Reelle Bedienung.

Bekleidungs-Haus

„Westfalia“,

HAGEN I. W.,

Elbersrufer 10, Eckhof-Haldenst.

Stoffknöpfe

werden schnellstens in allen
Größen angefertigt

P. Bockwinkel, Halver,

Elbersruferstraße 9.

Pandauer

wie neu, billig zu ver-
kaufen.

Haspe, Berlinerstr. 29 pat.